

Bernd Fischer, Rede zum 08. Mai – Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, gehalten am 08. Mai 2023 am Mahnmal für die sowjetischen Kriegsgefangenen, die bis 1945 auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ an der Reitbrake verscharrt wurden.

Verehrte Anwesende,

beim Thema Zwangsarbeit in Deutschland wird von offizieller Seite viel über die Opfer, wenig über die Täter und noch weniger über Geld geredet. Das war vor 25 Jahren anders.

Nachdem das Verbrechen der millionenfachen Zwangsarbeit nach 1945 aus dem kollektiven deutschen Bewusstsein verdrängt werden musste, um die Remilitarisierung Westdeutschlands mithilfe ehemaliger Wehrmachtsgenerale und den Eintritt in die Nato bei gleichzeitiger Rekonstruktion antikommunistischer Feindbilder erfolgreich zu absolvieren, wurden die deutschen Wirtschafts- und Meinungsführer kurz vor der Jahrtausendwende nervös, als US-amerikanische Anwaltskanzleien zuerst von jüdischen, später von osteuropäischen und russischen Opferverbänden damit beauftragt wurden, die systematisch vernachlässigten Ansprüche der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter und KZ-Insassen auf Zahlungen in noch auszuhandelnder Höhe gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und deutschen Konzernen durchzusetzen, und zwar auf dem Klageweg.

Panik

Panik brach aus bei denen, die sich im Zuge von Krieg und Eroberung an den Zwangsarbeitern und KZ-Insassen bereichert hatten, jetzt aber Angst um ihre Marktanteile in den USA, insbesondere um die geplante Fusion der Deutschen Bank mit Bankers Trust, bekamen. Geredet, nein geflüstert und geraunt wurde, wie das **Manager-Magazin** im Juli 1999 berichtete, in den Fluren der seriösen Dresdner Bank von einer um „55 Jahre verspäteten Umsetzung des Morgenthau-Plans, Deutschland in ein Agrarland zurückzuverwandeln“. **Furcht** ging um vor der „Mafia“ der großen US-amerikanischen Kanzleien, die der deutschen Wirtschaft mit unsauberer moralischer „Erpressung“ den sauberen Hals brechen wollten, nachdem sich die Bundeswehr bei der Bombardierung Jugoslawiens gerade erst als treuer Bündnispartner der USA bewährt hatte.

Der **Spiegel**, Sturmgeschütz der Demokratie, trat am 09. August 1999 mit der Behauptung auf, im Zuge der juristischen Verhandlungen könnten „Rechtsanwälte“ – gemeint war vermutlich die als jüdisch erkannte Sammelklägerkanzlei Cohen Milstein Hausfeld & Toll - „nach US-Recht 20 Prozent

oder mehr der Streitsumme kassieren. (...) Noch wird über die Summe gestritten, die den Anwälten zufließen soll, 50 Millionen bis 600 Millionen sind in der Debatte. Und noch ist nicht geklärt, ob die Anwälte zusätzliche Honorare“ - sogenannte „Holocaust-Honorare“ - „von ihren Mandanten kassieren dürfen.“

Die **Süddeutsche Zeitung** – auch so ein Sturmgeschütz - berichtete am 16. Dezember 1999, dass *„unter einigen US-Anwälten regelrecht Goldgräberstimmung geherrscht habe.“*

Und die **Zeit** vom 10. November 1999 mischte sich besonders einfallreich in die Debatte ein: *„Die Kläger missbrauchen den Holocaust zu einem Gerichtsspiel ums große Geld“*, schrieb sie und meinte, die überwiegend jüdischen Kläger und Kanzleien vor den Folgen ihrer Raffgier warnen zu müssen: *„Die Klage ist ein unschätzbares Geschenk für die Antisemiten in Polen.“*

Rettung

Rettung kam wie so oft in Gestalt der SPD, die im September 1998 die Bundestagswahlen gewonnen hatte und entschlossen war, eine Rot-Grüne Koalition zu bilden. Noch vor seiner Wahl zum Bundeskanzler trat Gerhard Schröder vor die Presse und versprach, die Interessen der deutschen Wirtschaft in dieser Angelegenheit nicht zu vernachlässigen.

Und so wurde mit dem verurteilten Steuerhinterzieher **Otto Graf Lambsdorff** (FDP) ein Mann als *„Beauftragter der Bundesregierung für die Zwangsarbeiterentschädigung“* in die Arena geschickt, der schon mit der Behauptung aufgefallen war, viele Zwangsarbeiter hätten – ich zitiere aus dem Gedächtnis – *„die schönsten Jahre ihres Lebens in Deutschland verbracht“*.

Die schönsten Jahre ihres Lebens haben die meisten nicht überlebt. Von 26 Millionen Menschen, die zwischen 1939 und 1945 im Deutschen Reich und in den von Nazideutschland besetzten und kontrollierten Gebieten Zwangsarbeit leisten mussten, waren bei der Wende zum zweiten Jahrtausend noch **1.6 Millionen** am Leben. **24,4 Millionen** waren gestorben, die meisten schon während der Zwangsarbeit oder kurz danach.

KZ- und Ghetto-Häftlinge erhielten als *„Entschädigung“* für geleistete Zwangsarbeit den Maximalbetrag von 7.669 Euro, **Inhaftierte** in Arbeitserziehungslagern und sogenannten „anderen Haftstätten“ zwischen 3.068 und 7.669 Euro, während **Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Industrie** mit 2.556 Euro abgespeist wurden.

Keine Zahlungen erhielten Kriegsgefangene, sofern sie nicht in Konzentrationslagern inhaftiert waren. Das galt auch für die knapp 2 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die unter härtesten Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten und überlebt hatten, nachdem die weit größere Zahl ihrer kriegsgefangenen Kameraden schon 1941/42 in den Wehrmachtslagern, unter anderem im Lager Wietzendorf, verhungert war. Erst im Jahr 2015 beschloss der Deutsche Bundestag eine Zahlung, die aber nur noch wenige Überlebende erreichte.

Ein lohnendes Geschäft

Was erreicht wurde, war – und nur darauf kam es an – die Unterzeichnung eines Regierungsabkommens zwischen Deutschland und den USA zum Schutz deutscher Unternehmen vor weiteren Sammelklagen. Die USA, Deutschland und sechs weitere Staaten unterzeichneten eine gemeinsame Abschlusserklärung zur Gründung der *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft*, über die bis 2007 an 1,6 Millionen Überlebende die Summe von 4,4 Milliarden Euro, im Durchschnitt also 2750 Euro pro Person, ausgezahlt wurde.

So war das Ergebnis der Verhandlungen die juristische Krönung eines Gewaltgeschäfts, das im kriegsbedingten Arbeitskräftemangel des Deutschen Reiches seinen Anfang nahm und von Heinrich Himmler in seiner Posener Geheimrede vor SS-Mitgliedern wie folgt umschrieben wurde:

„Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. (...) Ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur insoweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen. Ob beim Bau eines Panzergrabens zehntausend russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.“

